

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 75 (1981)
Heft: 4

Artikel: Der Nord-Süd-Bericht gehört zur Ablage : Reaktionen zum Brandt-Bericht aus der Dritten Welt
Autor: Imfeld, Al
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142898>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Nord-Süd-Bericht gehört zur Ablage Reaktionen zum Brandt-Bericht aus der Dritten Welt

Mitte Februar 1980, also gut vor einem Jahr, wurde unter ungünstigsten Umständen der Bericht der Nord-Süd-Kommission (kurz Brandt-Bericht genannt) veröffentlicht. «Das Ueberleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer» hieß die deutsche Fassung, die bei Kiepenheuer & Witsch, Köln 1980, erschien. Der Bericht sollte die Grundlage für eine Entwicklungspolitik der achtziger Jahre oder das sogenannte Dritte Entwicklungsjahrzehnt bilden. Als die Ergebnisse dieser sehr prestigereichen Kommission (darunter befanden sich die früheren Staatschefs Olof Palme, Edward Heath und Eduardo Frei, die einflußreichen Minister Dakoure aus Obervolta, Botero Montoya, Kolumbien, Amir Jamal, Tansania, Adam Malik, Indonesien, Layachi Yaker, Algerien, Edgar Pisani, Frankreich, und wichtige Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Presse) der Welt vorgelegt wurden, war eben in Neu Delhi die für die Entwicklungsländer wichtige UNIDO-Konferenz gescheitert, und die westliche Öffentlichkeit kreiste nur noch um das Thema Afghanistan. Ganz im Gegensatz zum zehn Jahre früher veröffentlichten Pearson-Bericht fand über den Brandt-Bericht bis heute kaum eine breite Diskussion statt. Die Empfehlungen wurden nicht einmal in nationalen Perspektiven für eine kommende Entwicklungsarbeit berücksichtigt. So gingen die Parlamente in Bonn, London und Washington bei ihrer Debatte über die kommende Entwicklungszusammenarbeit schon gar nicht auf den Bericht ein.

Die Reaktionen aus den Entwicklungsländern sind tief gespalten.

A. I.

Ermutigung nur für Drittwelt-Bürokraten

Bei den Reaktionen zum Brandt-Bericht muß zwischen einer offiziellen und einer grundsätzlichen Auseinandersetzung unterschieden werden.

— Für die Regierungen und UNO-Delegationen der Gruppe 77 (Gruppierung der Entwicklungsländer) wurde der Bericht sofort als ein wichtiges offizielles Dokument angenommen. Für diese Politiker und Beamten, die seit Jahren erfahren, wie schwierig auch nur ein minimaler Fortschritt im Nord-Süd-Dialog zu erreichen ist, verlieh der Brandt-Bericht Respektabilität zu bestimmten, von ihnen schon längst geforderten Anträgen. Für sie bedeutet es viel, Forderungen, die bis an-

hin als «links» oder «sozialistisch» abgekanzelt wurden, im Bericht als unerläßliche oder gar minimale Voraussetzungen zum Ueberleben zu finden. Den Bürokraten gab er Ermutigung, mit kleinen Details weiterzumachen, um vielleicht in weiteren zwanzig Jahren auch diese auf irgendeinem respektablen Papier wiederzufinden.

— Für diejenigen jedoch, die grundsätzlich und ganzheitlich an Entwicklungsprobleme herangehen, hat Brandt nicht viel Neues gebracht. Es sei der typische Vorgang von oben und mit gut klingenden Namen von Autoritäten. Der Bericht sei ein weiteres Dokument zur Ablage. So etwas wie Memoiren und Ansichten von Pensionierten und Weisen. Aber wann hat schon eine Zitatensammlung eine Veränderung herbeigeführt? Wie auf dem Abreißkalender liest man solche weisen Aussagen vielleicht täglich und geht zur Tagesordnung in einer anderen Welt über. Das Monatsmagazin «New African» (März 1981) hat wohl bewußt den harschen Artikel der Engländerin Teresa Hayter, die 1971 bereits ein Buch über «Hilfe als Imperialismus» schrieb, übernommen: *«Die Hauptabsicht des Brandt-Berichts ist das Sichern des Ueberlebens — jedoch nicht der Armen, sondern der kapitalistischen Welt. Er unternimmt gar keine Anstrengung, die Ursachen der Armut, die er so bedauert, zu analysieren. Hätte er das getan, wäre er wohl zur beklemmenden Schlußfolgerung gekommen, daß es genau die Strukturen, ökonomischen und politischen Systeme sind, die er zu erhalten vorschlägt.»* Dasselbe Magazin hatte schon in der April-Nummer 1980 einen sehr scharfen Kommentar gegen den Brandt-Bericht als *«eine Vergiftung der Neo-Kolonien mit Hoffnung»* geschrieben.

Kritik in Stichworten

Stichwortmäßig läßt sich die Kritik folgendermaßen zusammenfassen (Belege folgen anschließend und nach Kontinenten gegliedert):

- rein vertikal, von oben herab, autoritär, paternalistisch
- glaubt immer noch, eine Regierung «mache» Entwicklung
- es fehlt jegliche tiefergreifende Machtanalyse
- daher ja keine historischen Dimensionen
- Nation wird als Einheitsbegriff genommen
- Entwicklungsländer gelten als abstrakte, jedoch homogene Gebilde
- sowohl interne als auch externe Abhängigkeiten fallen dahin
- daß es eine Marginalisierung geben könnte, wird nicht untersucht
- ans Volk glaubt der Bericht nicht
- daher spielen Basisbewegungen, Genossenschaften, Gewerkschaften, (Befreiungs-)Bewegungen kaum eine Rolle
- daher muß Hilfe von außen kommen
- gegenseitige Interessen, der Hauptbegriff, sind eine pure Abstraktion, die auf der Ebene der Politiker und Industriellen spielt

- echte Konfliktaustragung wird vermieden: es sei der alte naive Liberalismus (à la Südafrika), wo man meint, durch Reden und Verhandeln könnten in sich ungerechte Strukturen doch verbessert werden
- daher eine Manie für Verhandlungen, Konferenzen, Gipfel, Papier
- Entwicklung wird mit Freihandel gleichgesetzt
- alles, was zählt, sind Exporte und Importe
- Theorien, die auf nationaler Ebene als überholt gelten (Keynes), werden unkritisch globalisiert
- das Problem der Besitzverhältnisse in der Produktion wird geflissentlich übergangen
- daher muß die Analyse der multinationalen Unternehmen flach ausfallen, denn die Gretchenfrage bleiben die Produktionsverhältnisse
- daher und aus gleichen Gründen ist die Abhandlung der Landwirtschaft ein totales Vorbeigehen an der Sachlage
- zudem bilden die (notwendigen) internen Agrarreformen längst nicht mehr die Hauptsorge, sondern die von außen manipulierte, dirigierte und okkupierte Land-Wirtschaft
- auf diesem Hintergrund ist es schiere Augenwischerei, von mehr Agrarhandel, offenen Grenzen und Verlagerung von Verarbeitungstätigkeiten landwirtschaftlicher Produkte (Kaffee, Tee, Zucker ...) in die Dritte Welt zu reden, denn all das Erwähnte liegt ausschließlich in Händen von multinationalen Privatunternehmen
- die Frage nach dem menschlichen Kapital bleibt ungestellt
- das einzige Kapitel, das relativ gut wegkommt, ist dasjenige über Rüstung und ihre Begrenzung. Nur sei die Wirklichkeit eine ganz andere, die Lobbies zu stark und das Militär seit Jahren privilegiert. Konkrete Vorschläge, die über eine Sonntagspredigt hinausgingen, gibt es nicht — kann es nicht geben, weil den Machtfragen und Grundsätzlichem prinzipiell ausgewichen wird.
- auch Rüstungsausgaben müßten im Zusammenhang mit neuen Eliten, exportorientierter Freiwirtschaft, Wachstumswahn und Geldflüssen gedeutet werden. Warum seien die Abflüsse aus der Dritten Welt nicht mehr unter die Lupe genommen worden? (In den sechziger Jahren betrug der Abfluß aus Entwicklungsländern in die Industrienationen 3,4 Millionen Dollar pro Stunde. Heute betrage er mindestens viermal mehr.)
- der Brandt-Bericht wird genauso wie jeder Bericht zuvor ein Papier-tiger bleiben. Längst kennen wir doch die Problem- und Sachlage, aber immer mehr Berichte, Sitzungen, Tagungen und Debatten folgen. All das sei pure Verzögerungstaktik, weil man a) nicht handeln wolle, b) nicht zu handeln wisse, c) nicht handeln könne, weil die eigentlichen Fragen gar nicht gestellt werden dürften — etwa nach

Revolution, nach einer neuen internationalen Ordnung in Bereichen der Wirtschaft, Politik, Armee und Rüstung (die größte heilige Kuh), Kommunikation, sozialen Bereichen usw.

- der Brandt-Bericht ist nicht zum Handeln, sondern zur Ablage bestimmt. Es geht nicht ums Ueberleben, sondern ums Ueber-Reden. Es geht gar nicht um das Wohl der Entwicklungsländer, sondern um den Status quo der Industrienationen. Er gehört daher mit zu unserem nördlichen System — als ein Abbild von denen, die leicht sagen haben.

Reaktionen aus Afrika

Es ist bemerkenswert, daß sich Afrika unter den drei Entwicklungskontinenten (statistisch) am meisten mit dem Brandt-Bericht auseinandergesetzt hat. Das mag daran liegen, daß zwei wirklich geachtete afrikanische Persönlichkeiten daran mitgearbeitet haben, nämlich der Tansanier Amit Jamal (er hat sich vor allem profiliert in den leidigen Auseinandersetzungen mit dem Internationalen Währungsfonds IMF und der Weltbank) und der Algerier Layachi Yaker (Mitglied des Zentralkomitees der Partei, immer wieder Sprecher für die Gruppe 77), und daß in beiden Ländern eine entwicklungspolitisch sehr engagierte Presse existiert («Daily News» und «El Moudjahid»). Dazu kommt, daß die in London (!) erscheinenden und heute ausschließlich von Afrikanern redigierten Magazine «Africa», «New African», «African Business», «West Africa» (wöchentlich) einem bestimmten Internationalismus huldigen und an Entwicklungspolitik sehr interessiert sind. Der Kontrast zeigt sich sofort, wenn man etwa die zwei kenianischen Tageszeitungen «Nation» (in der Hand von Aga Khan) und «Standard» (Besitz von Lonrho) oder die — der Zentrale Paris absolut gleichgeschaltete — frankophone Presse Westafrikas verfolgt: hier spricht die neue Bourgeoisie, die voll und ganz dem Dogma *«gemeinsame Interessen der Industrienationen und Entwicklungsländer»* zustimmt.

Auf wissenschaftlicher Ebene hat Samir Amin (Dakar, Senegal), der Mitbegründer der Peripherie-Zentrum-Theorie, den Bericht analysiert (Review of African Political economy, i-iv/1980). Es erstaunt nicht, daß er eine ernsthafte Analyse der gegenwärtigen Abhängigkeiten vermißt. Auf jegliche Weise *«wird den Fragen der Beziehungen zwischen Nord und Süd im Sinne von Handelsmetropole und altem kolonialen Hinterland, zwischen neuen Nationen und transnationalen Unternehmen, zwischen Nationalstaaten und Nationalökonomien einerseits und multilateralen Organisationen und multinationalen Geschäften andererseits aus dem Weg gegangen»*. Deshalb bleibe der Bericht eine Paranäse, das heißt eine fromme Ermahnung, aber kein Instrument der Macht, mit dem sich etwas verändern lasse.

Es folgen einige Zeugnisse.

Abdul Rahman Mohamed Babu, ehemaliger tansanischer Minister, von Sansibar stammend, heute einer der geistreichsten afrikanischen Kolumnisten, schrieb im April-Heft 1980 des Monatsmagazins «New African» (von Afrikanern in London herausgegeben) zum Brandt-Bericht: *«Die Brandt-Kommission hat das Prinzip, das zu dieser ausbeuterischen Strategie führte, nicht hinterfragt. Auch hat sie kein Licht darauf geworfen, warum diese Strategie die westliche Wirtschaft beständig wachsen und die der sogenannten Dritten Welt stetig verarmen läßt. Sie spricht nur von der Verbesserung und läßt Reformen als wünschenswert erscheinen. Sie will also die Verbesserung ökonomischer Bedingungen in Neo-Kolonien. Sie vermag uns nicht zu zeigen, wie diese Verbesserung der Ausbeutung auch zu unserem Vorteil arbeiten könnte. Die Kommission hat daher den zentralen Punkt überhaupt übergangen — nämlich die Frage nach dem Warum unserer Rückständigkeit und ob Handelsbeziehungen im heutigen Sinn jemals das Instrument einer Entwicklung von unabhängigen National-Oekonomien in Neo-Kolonien sein können.»*

Und sein Schluß: *«Der Bericht der Brandt-Kommission, selbst wenn an seine Ausführung gegangen wird, wird nichts dazu beitragen, diese Lage zu verändern. Tatsache ist, daß alles nur unsere Abhängigkeit zementieren wird. Ein für allemal sei's gesagt: die wirkliche Antwort liegt nicht in der Größe des Ressourcentransfers in die Neo-Kolonien, sondern im Aufhalten des Abflusses des Reichtums aus diesen Neo-Kolonien in die Metropolen und in der Entwicklung einer wirklich unabhängigen Nationalökonomie. Dieses jedoch hängt auch vom Verhältnis zur Produktion in den Neo-Kolonien ab.»*

Nicht so kritisch wie Babu urteilt die Zeitschrift «African Business» (von afrikanischen Geschäftsleuten in London herausgegeben) in der Februar-Nummer 1980: *«Der Bericht bedeutet eine Herausforderung an die internationale Gemeinschaft. Was die Kommission empfiehlt, ist eine solide Basis, um fundamentale und nützliche Veränderungen in den Nord-Süd-Beziehungen ins Rollen zu bringen.»*

«West Africa», eine andere wichtige Handelszeitschrift, die sich heute in nigerianischen Händen befindet, lobte mehrmals den Bericht und gibt sich optimistisch: *«Wenn all das, was die Brandt-Kommission empfiehlt, in die Arena der Praxis gebracht wird, zu den Geschäftsleuten und Bankiers, zu den debattierenden Lokalpolitikern und — das allerwichtigste — zu den Gewerkschaftern, dann kann die Entwicklung wesentlich sowohl praktisch wie moralisch weitergebracht werden.»*

Was einem jedoch bei allen afrikanischen Stimmen auffällt, sind

die vielen Wenn und Aber. Ja, wenn die Vorschläge wirklich aufgegriffen werden, wenn nicht nur geredet wird, wenn der Bericht nicht nur ein Buch mit Worten bleibt, wenn, wenn . . . Aber — jeder kann die Realität sehen. Im Moment der Veröffentlichung scheiterte in Neu Delhi die UNIDO-Konferenz. Auch die UNO-Sondergeneralversammlung hat nur Aber von den reichen Nationen gebracht. Bereitschaft zum Wandel ist nirgends zu sehen.

All das wurde das ganze letzte Jahr hindurch in den Zeitungen Tansanias und Algeriens angesprochen. «Afriscopie» (eine nigerianische politische Monatsschrift) sieht nach der Wahl von Reagan zum US-Präsidenten für den Brandt-Bericht keine Chance mehr: *«In der neuen Konstellation nach den Wahlen in den USA, aber auch in der BRD, und dem wohl Sicher-im-Sattel-Sitzen von Frau Thatcher und Monsieur d'Estaing kann der Westen geradezu auf den Knien für eine so böse Sowjetunion danken. Damit können Ost und West die Probleme des Südens für längere Zeit übergehen.»*

Asiatische Reaktionen

Die asiatischen Reaktionen sind naturgemäß diplomatisch, verhalten und lächelnd. Die zwei wichtigsten Wochenzeitschriften, die «Far Eastern Economic Review» aus Hongkong und «Economic Political Weekly» aus Bombay, Indien, signalisieren diskret Unzufriedenheit. Ein abschließender Kommentar in der Zeitschrift aus Hongkong trägt folgenden Titel: *«A thousand tons of paper and a whole lot of words»* — Tausend Tonnen Papier und ein ganzer Haufen von Wörtern. In der indischen Zeitschrift lautet der Titel ebenso zynisch: *«If Wishes Were Horses . . .»* — Wenn Wünsche Pferde wären . . . Also Wünsche, Wolken, Worte, Tagträume. Taten folgen kaum.

Ho Known Ping, der Wirtschaftskorrespondent vom «Far Eastern Economic Review» sieht gute Geschäfte für Organisatoren und Manager von Konferenzen voraus. Er bedauert die Abholzung von soviel Wald für die Papier-Tiger in der Entwicklungsprarie: *«In einem normalen Jahr gibt es 6 000 internationale Treffen, die eine Million Seiten an Dokumentation produzieren, die 1 000 Tonnen wiegen. Wieviele Bäume all das verzehrt, wurde bis heute nicht geschätzt.»*

Der indische Oekonom und Professor Arjun Sen Gupta schrieb bereits am 13. Februar 1980 im «Guardian» (London): *«Der Bericht ist eine fabelhafte Illustration liberalen Denkens und Vorgehens . . . Ja, es wird zugegeben, daß es fundamentale Veränderungen brauche . . . Aber man glaubt immer noch, daß diese Veränderungen mit Verhandlungen, Konferenzen, Reformen und Verbesserungen erreicht werden können.»* Gupta weist darauf hin, daß der Liberale sich selbst täuscht, denn er vergißt, daß im Welthandel der Süden gar keine Macht

in die Waagschale werfen kann. *«Der Süden hat bei Verhandlungen kein Gewicht in Händen.»* Initiativen gehen immer vom Norden aus. Die Vorschläge geben nur immer vor, für beide Seiten nützlich zu sein. Gupta fragt zum Schluß: *«Können ärmere Länder ihren Anteil an wirtschaftlicher Macht und Kontrolle über Entscheidungsmechanismen jemals ohne Konflikt erhöhen?»*

J. Ann Zammit schreibt im *«Frontier»* (Calcutta), daß der Bericht harmonisiere, indem er den *«mehr als vagen Begriff der gemeinsamen Interessen»* gebraucht und damit perpetuiert. *«Die Doktrin der Gemeinsamkeit der Interessen ist eine Ideologie, die sich spätestens dann entlarvt, wenn man den Satz liest: 'daß der Süden den Norden braucht, ist selbstverständlich' ... Das Jahr 1980 hat klar gezeigt, daß die wirkliche Angst des Nordens das Ueberleben gegenüber dem Kommunismus oder, genauer gesagt, vor der Ausbreitung sozialistischer Wirtschaftsformen, welche die kapitalistische Expansion einschränkt, ist»* (Januar 1981).

Aber selbst für Scheich Ali Khaliia Al-Sabah, Oelminister von Kuwait, hat ein ernsthafter Dialog zwischen Nord und Süd noch gar nicht begonnen. Die Delegierten des Nordens *«sind an Energie und nur an Energie interessiert ... und wischen die Fragen der Entwicklung des Südens beiseite»*. Der Norden sei nur am eigenen Ueberleben interessiert. *«Oekonomische Lasten des Südens verstärkt er stets und immer mehr. Noch nie hat er etwas zur Lösung wirklich beigetragen»* (Neue Politik, 15. November 1980).

Tissa Balasuriya, Vorsteher des Studienzentrums für Gesellschaft und Religion in Colombo, Sri Lanka, Sekretär der asiatischen Dritt-Welt-Theologen und Leiter verschiedener Aktionsgruppen wie *«Liberation of Tea»* und *«Liberation of Coconut»*, sagte in einem Interview im Mai 1980 (in epd-Entwicklungspolitik 15/80): *«... So geht es weiter. Endlos. Papier nach Papier. Entwicklung in Worten. Wir an der Front werden meist gar nicht gefragt. Andere wollen es besser wissen. Es kommt von außen. Es kommt von oben. Von Besserwissern, Experten, Prestigepersonen. Aber der Mann der Straße, die Betroffenen selbst werden nicht angehört. So sehe ich auch den Brandt-Bericht ... Uns im Elend tröstet man: 'Bitte, wartet mit Aktionen ab! Bitte, seid noch eine Weile still ...' ... Für uns an der Basis in Sri Lanka gibt dieser Bericht nichts her.»* Tissa weist dann auf lateinamerikanische Basisgemeinden hin und glaubt, daß jedes dieser Experimente dort viel wichtiger als ein solcher Bericht sei. *«Brandt brauchen wir nicht! Wir brauchen Puebla!»*

Stimmen aus Lateinamerika

Aus dem lateinamerikanischen Kontinent liegen bis heute kaum Reaktionen vor. Selbst jemand, der die lateinamerikanische Presse ver-

folgt, kann keine Kommentare finden. Die einzigen Reaktionen stammen von Exilierten, etwa von Denzil Peiris, einem engagierten Lateinamerikaner in London, Herausgeber einer wichtigen Dritt-Welt-Zeitschrift, der am 3. März 1980 im Guardian schrieb: *«Mit beredten Worten und Zahlen wird das Elend der Dritten Welt beschrieben ... Doch, Brandt, der Sozialist, analysiert das nicht ... Deshalb hat die Brandt-Kommission im Grunde alte Rezepte zur Lösung der ländlichen Armut angeboten: die alte Theorie vom Heruntertröpfeln, aber nichts zur Theorie der Macht, zum Bezug von Armut und Macht.»*

Peiris weiß, daß Macht im lateinamerikanischen Kontext Militär, Diktatur, Folterung, Menschenrechtsverachtung und Zynismus bedeutet. So hat er denn auch ein ganz anderes Verhältnis gegenüber den sogenannten Delegationen aus der Dritten Welt (zu denen auch diese Diktaturen gehören). Er weiß, daß es in diesen Kreisen die lateinamerikanischen Sprecher lieben, Oberschichten und Privilegierte auf dem Buckel der Dritten Welt zu verteidigen. So kommt der Brandt-Bericht Peiris wie *«ein Konkordat der Eliten dieser zwei Welten»* vor.

Der angesehene Ökonom André Gunder Frank veröffentlichte seine Kritik am Brandt-Bericht in der indischen Wochenzeitschrift *«Economic and Political Weekly»*. Er hat als erster die wirtschaftstheoretische Problematik aufgegriffen und fragt, warum die nun im Norden überall abgewiesenen Keynes'schen Prinzipien auf den Süden übertragen werden. *«Falls ein nationaler Keynesianismus in der Vergangenheit unwirksam war, warum sollte jetzt ein internationaler angezeigt und wirkungsvoll sein?»*

Der Theologe des Weltkirchenrates Julio de Santa Ana (aus Uruguay) schreibt im *«Sodepax Newsletter»* (27/80): *«Der Bericht gibt sich mit simplizistischen Vorschlägen zur Verbesserung des jetzigen Zustandes zufrieden ... aber jeder weiß zutiefst, daß es radikale Veränderungen in der Einstellung ... braucht. Eine ganz neue Mentalität, ein neues Bewußtsein, eine neue Denkweise muß entstehen.»*

Im Licht des Glaubens betrachten wir den sich immer mehr auftuenden Abgrund zwischen Reichen und Armen als ein Aergernis und einen Widerspruch zum Christsein . . . Untersuchen wir die Situation eingehender, so stellen wir fest, daß diese Armut nicht Zufall, sondern das Ergebnis wirtschaftlicher, sozialer, politischer und anderer Gegebenheiten und Strukturen ist. Hierzu gehört der innere Zustand unserer Staaten, der in vielen Fällen seinen Ursprung und Fortbestand aus Mechanismen herleitet, die, da sie nicht von echter Menschlichkeit, sondern von Materialismus geprägt sind, auf internationaler Ebene die Reichen immer reicher werden lassen auf Kosten der Armen, die immer mehr verarmen.

(Schlußdokument der III. Vollversammlung des lateinamerikanischen Episkopats in Puebla, Nr. 28 und 30)
